



News letter

Ausgabe 1/2008

Observatorium für die Entwicklung der
sozialen Dienste in Europa

Wohlfahrtsverbandliche Arbeit im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)

Der EWSA begeht in diesem Jahr sein 50-jähriges Bestehen. Er hat beratende Funktion. Die 344 Mitglieder sind in die drei Gruppen „Arbeitgeber“ (Gruppe I), „Arbeitnehmer“ (Gruppe II) und „Verschiedene Interessen“ (Gruppe III) gegliedert. Zur Letzteren gehören u. a. Vertreter aus den Bereichen Handwerk, Landwirtschaft, freie Berufe, Verbraucher- und Umweltschutz, Sozialwirtschaft, Jugend, Familie und Senioren, Behindert- und Ausgrenzung.

Der Ausschuss bereitet zu allen relevanten europäischen Themen Stellungnahmen vor und nutzt dabei den Sachverstand der Mitglieder. Er kann von Rat und Kommission um Abgabe von Sondierungsstimmungen ersucht werden oder auch Stellungnahmen aus eigener Initiative abgeben. Insbesondere das Instrument

der Initiativstellungnahme ermöglicht dem EWSA, eigene Themen in die europäische Diskussion einzubringen. Damit verfügt er über ein kleines, aber wirkungsvolles Gestaltungsinstrument, wie die Initiativen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) zur Bedeutung der Wohlfahrtsorganisationen oder zur ehrenamtlichen Arbeit am Beispiel der Hospizarbeit zeigen.

Vorbereitet werden die Stellungnahmen in sechs verschiedenen Fachgruppen, die hierfür Studiengruppen mit der Erstellung beauftragen.

Für die Wohlfahrtsverbände war und ist die Mitarbeit in der Fachgruppe SOC (Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft) von besonderem Interesse. Dort werden wesentliche soziale Themen beraten, wie etwa Beschäftigungspoli-

tik, Jugend und Familie, demografische Entwicklung, die Situation alter Menschen und von Menschen mit Behinderungen, Gesundheit, Migrations- und Flüchtlingspolitik, ehrenamtliche Arbeit u. v. m.

Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft

Der Ausschuss arbeitet insbesondere darauf hin, eine größere Zustimmung der organisierten Zivilgesellschaft zum europäischen Einigungswerk zu erreichen und sowohl auf einzelstaatlicher als auch auf europäischer Ebene ihre verstärkte Beteiligung daran zu ermöglichen. Zudem setzt er sich dafür ein, die Rolle der organisierten Zivilgesellschaft in den Ländern bzw. Regionen außerhalb der Gemeinschaft durch Zusammenarbeit mit den dortigen Organisationen und der Schaffung beratender Gremien zu stärken.

Das zivilgesellschaftliche Verständnis des EWSA wurde auch durch Änderungen in den Verträgen nachvollzogen. So heißt es jetzt im EG-Vertrag, dass sich der EWSA neben Vertreterinnen und Vertretern der Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer auch aus „anderen Vertretern der Zivilgesellschaft, insbesondere aus dem sozialen und wirtschaftlichen, dem staatsbürgerlichen, dem beruflichen und dem kulturellen Bereich“ zusammensetzt. Damit vollzieht auch der EWSA in seiner Zusammensetzung die europäische Entwicklung von der Wirtschaftsgemeinschaft zur Sozial- und Bürgergemeinschaft nach.

Wohlfahrtsverbände und Soziale Dienste

Die BAGFW ist seit 1994 im EWSA vertreten. Es war zunächst das Interesse, wohlfahrtsverbandliche Arbeit sichtbar zu machen und die sozialen Erfahrungen und Kompe-

Editorial

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER, AUCH IN DER NEUEN FÖRDERPERIODE DES OBSERVATORIUMS FÜR DIE ENTWICKLUNG DER SOZIALEN DIENSTE IN EUROPA ERSCHEINT WIE GEWOHNT UNSER NEWSLETTER. WELCHE THEMENSCHWERPUNKTE DIESES JAHR PRIMÄR BEHANDELT WERDEN, STELLEN HANNA STEIDLE UND BIRGIT SITTERMANN IN DER RUBRIK NEUES AUS DEM OBSERVATORIUM VOR.

IM LEITARTIKEL PRÄSENTIERT SOSCHA GRÄFIN ZU EULENBURG DIE ARBEIT DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSSES UND MACHT DEUTLICH, WELCHE PRÄSENZ SOZIALE DIENSTE DORT HABEN. BEZUG AUF DIE AKTUELLE EU-DISKUSSION ZUM THEMA PFLEGE NIMMT UNSER KOMMENTAR. ISABEL BORGES ERLÄUTERT DIE PROBLEMATIK DER GEWALT GEGEN ÄLTERE MENSCHEN UND WIE DIESES THEMA AUF DER EU-EBENE DISKUTIERT WIRD.

AUS ANLASS DER SLOWENISCHEN EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT IN DER ERSTEN HÄLFTE DES JAHRES 2008 STELLEN WIR IHNEN DIESMAL DIE SITUATION VON SOZIALEN DIENSTEN IN SLOWENIEN VOR. ZINKA KOLARIČ BESCHREIBT DIE SCHWIERIGKEITEN, DIE SICH FÜR SLOWENIEN DURCH DIE TRANSFORMATION ZU EINEM DEMOKRATISCHEN STAAT MIT MARKTWIRTSCHAFT ERGEBEN HABEN.

HANNA STEIDLE VERDEUTLICHT IN IHREM ARTIKEL DIE EUROPÄISCHE DIMENSION VON FAMILIENPOLITIK. SIE ZEIGT AUF, DASS NICHT NUR STAATLICHES HANDELN GEFRAGT IST, UM FAMILIENFREUNDLICHKEIT ZU ERREICHEN, SONDERN AUCH UNTERNEHMEN EINEN BEITRAG LEISTEN KÖNNEN. ERGÄNZT WIRD UNSER NEWSLETTER WIE IMMER MIT AKTUELLEN NOTIZEN.

VIEL SPASS BEIM LESEN!
IHRE REDAKTION



tenzen in die europäischen Institutionen einbringen zu können. Vergleichbare Partner standen anfangs nicht zur Verfügung.

Erste Initiativen gingen deshalb dahin, die in der Erklärung Nr. 23 des Maastrichter Vertrages von 1993 formulierte Bedeutung der Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden und Stiftungen als Träger sozialer Einrichtungen und Dienste auch im Rahmen des EWSA zu präzisieren, den Sektor europäisch zu beleuchten, und seine Bedeutung für die Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik festzustellen. Die Anerkennung der Rolle der Wohlfahrtsverbände und anderer Sozialorganisationen fiel jedoch manchen Mitgliedern schwer. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Traditionen wurde insbesondere die freiwillige Arbeit in den sozialen Organisationen kritisch beäugt. Es wurde die Wegnahme von bezahlter Arbeit befürchtet.

Einen Durchbruch brachte die Initiativstellungnahme zum Thema „Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden als Wirtschafts- und Sozialpartner im sozialen Bereich“. In dieser im Oktober 1997 verabschiedeten Stellungnahme wurde die Situation des wohlfahrtsverbandlichen Sektors in den Mitgliedstaaten analysiert und im Hinblick auf seine Rolle als Gestaltungselement der europäischen Sozialstaatlichkeit und als Teil des „Dritten Sektors“ bewertet. Es wurden Gründe für die Stärkung der Zusammenarbeit aufgezeigt und Vorschläge zur Umsetzung dieser Zusammenarbeit unterbreitet.

In Verbindung mit der parallel sich entwickelnden Zusammenarbeit mit anderen europäischen Netzwerken (z. B. der 1996 gegründeten Platform of Social NGOs) setzte sich die Erkenntnis auch in anderen Mitgliedstaaten durch, soziale Themen und die sie vertretenden sozialen Organisationen im EWSA stärker einzubinden. Seit 1998 sind Vertreter entsprechender Organisationen aus Portugal, Frankreich, Schweden, Spanien und Italien von ihren Regierungen in den EWSA berufen worden.

Die sich in der Folge entwickelnde enge Zusammenarbeit trug zu einem größeren gegenseitigen Verständnis bei, förderte die gemeinsamen Anliegen innerhalb und führte zu gemeinsamen Aktivitäten außerhalb des Ausschusses. Ein Beispiel hierfür ist das gemeinsame Schreiben der BAGFW und der französischen Partnerorganisation

UNIOPSS an den Vorsitzenden des damaligen Verfassungskonvents. Darin schlugen beide Organisationen vor, private, nicht gewinnorientierte Dienstleistungen des Sozial- und Gesundheitswesens generell von den Wettbewerbsregeln des Art. 86 Abs. 2 EGV auszunehmen.

Außerdem wurde die Interessengruppe der Sozialwirtschaft geschaffen, in der mittlerweile 37 Mitglieder der Gruppe III mitwirken. Ihr Ziel ist es, dem Sektor eine gemeinsame Stimme zu geben, gegenseitige Kenntnisse zu verbessern und Erfahrungen auszutauschen.

Die Diskussionen zur Entwicklung der sozialen Dienste in Europa hat der EWSA von Anfang an intensiv begleitet und mehrere Stellungnahmen verabschiedet:

- Initiativstellungnahme „Private Sozialdienste ohne Erwerbszweck im Kontext der Daseinsvorsorge in Europa“ (2001)
- Leistungen der Daseinsvorsorge (2002)
- Grünbuch zu den Diensten von allgemeinem Interesse (2003)
- Staatliche Beihilfen und öffentliche Dienstleistungen (2004)
- Weißbuch zu den Diensten von allgemeinem Interesse (2005)
- Initiativstellungnahme „Zukunft der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ (2006)
- Umsetzung des Gemeinschaftsprogramms von Lissabon – Die Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse in der Europäischen Union (2007)
- Initiativstellungnahme „Eine unabhängige Bewertung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ (2008)
- Initiativstellungnahme „Leitlinien für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und die Globalisierung“ (z. Zt. in Vorbereitung)

Der EWSA setzt sich dafür ein, mehr Rechtssicherheit bei der Anwendung des Gemeinschaftsrechts auf die soziale Dienstleistungserbringung durch eine europäische Richtlinie herzustellen – eine von deutscher Seite eher mit Zurückhaltung bis Ablehnung betrachtete Position.

Einig ist man sich allerdings darin, dass es einer Absicherung des Konzepts der Daseinsvorsorge gegen eine bloß marktbezogene, rein wirtschaftliche Betrachtung bedarf. Das betrifft in Sonderheit den Bereich der Sozialdienstleistungen, aber auch andere Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die für die Menschen – etwa in Gestalt der Energieversorgung – von essenzieller Bedeutung sind.

Gewissermaßen als Anforderung wie als Definition für eine derartige Dienstleistung hat der EWSA formuliert, dass sie „den Grundsätzen der Gleichheit, Allgemeingültigkeit, Erschwinglichkeit und Zugänglichkeit, Zuverlässigkeit und Beständigkeit, Qualität und Effizienz, Garantie der Nutzerrechte und wirtschaftlichen und sozialen Rentabilität“ genügt sowie „die besonderen Bedürfnisse bestimmter Nutzergruppen wie Menschen mit Behinderungen, hilfsbedürftige oder benachteiligte Personen“ berücksichtigt.

Der konzeptionelle Kontext: Ein Europäisches Sozialmodell

In seiner Initiativstellungnahme „Sozialer Zusammenhalt: Ein europäisches Sozialmodell mit Inhalt füllen“ (2006) umreißt der EWSA dieses Konzept – treffend – mit dem Satz: „Das europäische Sozialmodell zeichnet ein Bild eines für alle seine Bürger demokratischen, umweltfreundlichen, wettbewerbsfähigen, solidarischen, sozial inklusiven und wohlfahrtsstaatlichen Europas.“

Das Beispiel der Sozialdienstleistungen zeigt, wie wohlfahrtsverbandliche Arbeit des EWSA wichtige und aktuelle Impulse setzt. Auch künftig können soziale Themen mit ihren europäischen aber auch nichtmitgliedstaatlichen Implikationen nicht am EWSA vorbei diskutiert werden. Er stellt vielmehr ein zentrales zivilgesellschaftliches Forum für den Diskurs über Politik- und Rechtsentwicklung dar. Wie aktuell und prononciert der EWSA dabei agiert, belegt allein der Titel seiner Sondierungsstellungnahme „Qualitätsstandards für Inhalte, Verfahren und Methoden sozialer Folgenabschätzung“ (2007).

Soscha Gräfin zu Eulenburg
Mitglied des Präsidiums des Deutschen Roten Kreuzes und seit 1994 Mitglied des EWSA
<http://www.eesc.europa.eu/>

K o l u m n e

Gewalt gegen ältere Menschen gibt überall in der Europäischen Union Anlass zu ernster Besorgnis

Am 17. März 2008 veranstaltete die Europäische Kommission die erste europäische Konferenz zur Prävention von Gewalt gegen ältere Menschen und Vernachlässigung. Diese hochrangige EU-Konferenz in Brüssel gab den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern sowie den Sachverständigen aus ganz Europa Gelegenheit, die Qualität der Fürsorge für ältere Menschen zu besprechen und Ideen zusammenzutragen zu den besten Wegen und Strategien im Umgang mit dem Problem der Gewalt gegen ältere Menschen.

„Die Misshandlung älterer Menschen ist eine einzelne oder wiederholte Handlung oder die Unterlassung einer angemessenen Handlung in Beziehungen, die Vertrauen erwarten lassen, die einem älteren Menschen Schaden oder Leid zufügt.“ (Erklärung von Toronto über die globale Prävention von Gewalt gegen ältere Menschen, 2002) Die Misshandlung kann verschiedene Formen annehmen – physische, psychologische oder emotionale, sexuelle, finanzielle – oder einfach nur eine beabsichtigte oder unbeabsichtigte Vernachlässigung darstellen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und das Internationale Netzwerk für die Prävention von Gewalt gegen ältere Menschen (INPEA) haben die Misshandlung älterer Menschen als ein bedeutendes globales Problem anerkannt.

Auf europäischer Ebene betrachtet AGE – die europäische Plattform älterer Menschen – die Gewalt gegen ältere Menschen als ein sehr vernachlässigtes Problem, über das man sich oft lustig macht. Es handelt sich um einen Verstoß gegen Artikel 25 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, der den Anspruch älterer Menschen auf ein würdiges und unabhängiges Leben und auf Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben anerkennt und achtet.

Obgleich das wahrgenommene Risiko der Misshandlung älterer Menschen in den verschiedenen EU-Ländern unterschiedlich ist, wird doch der Schutz der Würde und

der Grundrechte älterer Menschen zu einer bedeutenden Herausforderung für die Gesellschaften in ganz Europa. Erst jüngst hat Thomas Hammarberg, der Kommissar für Menschenrechte beim Europarat, anerkannt, dass ältere Menschen zu oft ignoriert werden und dass ihnen ihre Menschenrechte verweigert werden.¹

Misshandlung kann zwar viele unterschiedliche Formen annehmen, sie ergibt sich aber häufiger eher daraus, dass gestresste und überlastete Pflegenden oft nicht zurecht kommen können, als dass schutzlose ältere Menschen absichtlich ausgenutzt oder geschädigt würden. Vor kurzem zeigte eine Eurobarometer-Untersuchung², dass fast die Hälfte (47%) aller EU-Bürger die Misshandlung älterer Menschen und ihre Vernachlässigung für ein in ihrem Land weitverbreitetes Problem halten. Diese Befunde beweisen klar, dass die Europäische Union hier etwas unternehmen muss. Die Herausforderung wird mit Sicherheit noch zunehmen, je älter die EU-Bevölkerung wird. Der Anteil der Menschen über 80 wird sich bis 2050 auf 12% der EU-Gesamtbevölkerung erhöhen. Immer mehr Menschen werden auf die Fürsorge Angehöriger oder professioneller Pflegekräfte angewiesen sein und dem Risiko von Vernachlässigung oder gar Misshandlung ausgeliefert sein.

„Jeder von uns kann mit zunehmendem Alter von der Hilfe anderer abhängig werden, und derzeit können wir nicht sicher sein, dass wir dann würdig behandelt werden“, sagte Vladimír Špidla, EU-Kommissar für Soziales, auf der Veranstaltung am 17. März 2008. „Die Mitgliedstaaten beginnen, Pflegekräfte und Angehörige durch Schulung und Beratung besser zu unterstützen. Zum Schutz älterer Menschen werden ferner Selbsthilfegruppen gegründet, Krisentelefone eingerichtet und transparente, am Patientenbedarf orientierte Systeme zur Überwachung der Qualität der Langzeitpflege aufgebaut. Ich begrüße diese Entwicklung, gleichwohl muss europaweit noch weit mehr geschehen.“

Um die Diskussion auf europäischer Ebene in Gang zu bringen, hat die Kommission ein Diskussionspapier vorgelegt: „Was kann die Europäische Union tun, um die Würde im Alter zu schützen und um die Misshandlung von älteren Menschen zu verhindern?“ AGE betrachtet dies als einen ersten Schritt in die richtige Richtung, aber die Arbeit fängt gerade erst an. Die

Europäische Union sollte größeres Engagement zeigen. Wegen der komplexen Natur der Misshandlung älterer Menschen erfordert ihre Verhinderung die Entwicklung integrierter Maßnahmen, die dazu beitragen können, die Ursachen anzugehen. Das Bewusstsein von diesem schwierigen Problem muss gehoben werden, und es wird dringend eine paneuropäische Strategie gegen die Misshandlung älterer Menschen gebraucht. AGE ist der Auffassung, dass das Problem qualitätvoller Altenpflege und der Kampf gegen die Misshandlung älterer Menschen ein integraler Bestandteil der erneuerten Sozialagenda sein sollte und im Rahmen des EU-Demografie-Zyklus behandelt werden sollte.

Deshalb ruft AGE zur Entwicklung freiwilliger Qualitätsrichtlinien für Langzeitpflege und zur Schaffung einer Stakeholder-Gruppe auf, die der Europäischen Kommission dabei helfen soll, solche Richtlinien zu erarbeiten. Ferner hat AGE mit einer Gruppe von 11 Partnern im Rahmen des europäischen DAPHNE-Programms einen Antrag vorgelegt zur Erarbeitung einer europäischen Charta zu den Rechten von Menschen, die Langzeitpflege brauchen, und eines Instrumentariums mit konkreten Empfehlungen und Beispielen guter Praxis bei der Prävention und der Bearbeitung von Misshandlungen älterer Menschen. Wenn unser Projekt von der Kommission Mittel erhält, wird es einen wertvollen Beitrag zu der Arbeit leisten, die auf EU-Ebene zur Qualität der Langzeitpflege ansteht.

Isabel Mota Borges
AGE Policy Officer
E-Mail: isabel.borges@age-platform.org
<http://www.age-platform.org>

¹ Siehe <http://www.egovmonitor.com/node/18500>.
² Siehe http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_283_en.pdf.

Hauptberichte

Familienpolitik und Familienfreundlichkeit in Europa – aktuelle Entwicklungen, Handlungskonzepte und Unternehmensstrategien

Nicht zuletzt in Folge der durch die deutsche Ratspräsidentschaft im Jahr 2007 angestoßenen „Europäischen Allianz für Familien“ rückt Familienpolitik immer stärker auch in den Fokus europäischer Politik. Auch das Observatorium beschäftigt sich seit einiger Zeit intensiv mit diesem Thema. Am 15./16. 11. 2007 fand in Berlin die internationale Konferenz „Aktuelle Entwicklungen in der europäischen Familienpolitik – Dienstleistungskonzepte und Politikansätze in den neuen und alten Mitgliedstaaten“ statt.

Herausforderungen einer „europäischen Familienpolitik“ – die Rolle der EU und der Mitgliedstaaten bei der Bewältigung des gesellschaftlichen Wandels

Europa steht in familienpolitischer Hinsicht vor gemeinsamen Herausforderungen. Dazu gehören neben der demografischen Entwicklung und dem Fortbestehen von Armut und sozialer Ausgrenzung (besonders bei Risikogruppen wie Alleinerziehenden und Mehrkindfamilien) im Wesentlichen der Wandel von gesellschaftlichen Strukturen (z. B. veränderte Familien- und Partnerschaftsmodelle) und Erwerbsformen (z. B. häufigerer Wechsel zwischen verschiedenen Beschäftigungsformen)¹. Die gestiegenen Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen

im europäischen Binnenmarkt bieten Familien zwar einerseits Chancen auf eine Steigerung ihres Wohlstands. Andererseits stehen Familien jedoch immer noch vor großen Problemen, Erwerbs- und Familienleben miteinander zu vereinbaren und haben nicht die Möglichkeit, die geforderten Flexibilitätsanforderungen zu erfüllen. Auf europäischer Ebene und in der europäisch-vergleichenden Fachdiskussion wird gegenwärtig der Ausbau der Infrastruktur an Betreuungsdienstleistungen als zentraler Faktor hin zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bewertet. Neben Infrastrukturmaßnahmen werden darüber hinaus zunehmend auch zeitpolitische Ansätze diskutiert.²

Grundsätzlich gibt es keine gemeinsame Familienpolitik, da diese nach wie vor zum Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten gehört. Nichtsdestotrotz wird immer öfter von einer „europäischen Familienpolitik“ gesprochen, denn aufgrund der dargestellten gemeinsamen Problemlagen gibt es zahlreiche intergouvernementale politische Zielvereinbarungen sowie gemeinschaftsrechtliche Regelungen, welche die Lebenssituation von Familien wesentlich beeinflussen.

Familienpolitische Impulse der EU gibt es in zahlreichen Politikfeldern, darunter u. a. in den Bereichen Gleichstellung, Beschäftigung, Sozialschutz, soziale Eingliederung, Jugend und Bildung.³ Besonders konkret werden familienpolitische Herausforderungen im Bereich „Demografischer Wandel“ behandelt, wie z. B. in der Kommissionsmitteilung vom 10. Mai 2007⁴, in der u. a. seitens der Europäischen Kommission die



V.l.n.r.: Ralf Jacob, Referatsleiter, Europäische Kommission, Brigitta Dewald-Koch, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz, Wilhelm Schmidt, Präsident des Deutschen Vereins, Christoph Linzbach, Unterabteilungsleiter, BMFSFJ



© Europäische Kommission

„Europäische Allianz für Familien“ institutionalisiert wurde. Jedoch wird aufgrund nationaler Interessenlagen bisher in EU-Dokumenten darauf verzichtet, von einer „europäischen Familienpolitik“ zu sprechen.⁵

Aktuelle Entwicklungen in der „europäischen Familienpolitik“ – Ergebnisse der internationalen Konferenz am 15./16. 11. 2007 in Berlin⁶

Familienpolitische Impulse vonseiten der Europäischen Union sowie Gelegenheiten der Kooperation und des gegenseitigen Austauschs, z. B. im Rahmen der „Europäischen Allianz für Familien“, bieten nach Auffassung der Konferenzteilnehmer die Chance für eine gewinnbringende europäische Debatte (z. B. die Verortung von Familie im europäischen Binnenmarkt, Strategien zum Ausbau von Betreuungsinfrastrukturen, Impulse für einen weiteren familienpolitischen Bewusstseinswandel hinsichtlich Geschlechterrollen in Europa). Konkrete familienpolitische Maßnahmen müssen jedoch auf die nationalen und regionalen Besonderheiten abgestimmt und vor Ort entwickelt und durchgeführt werden.

Es wurde weiterhin angeregt, stärker zwischen den jeweiligen familienpolitischen Zielgruppen zu unterscheiden, da beispielsweise von Armut betroffene Familien mit geringem Bildungsniveau andere Maßnahmen benötigten als Akademikerfamilien. Besonders integrierte Lösungsansätze sowie Handlungskonzepte, bei denen die unterschiedlichen Akteure vor Ort

in einem Netzwerk nutzerorientiert zusammenarbeiten, wurden als gewinnbringend bewertet. Dieser Auffassung zur Folge gilt es, langfristig eine stärkere Verknüpfung von Familien- und Bildungspolitik sowie von Jugend- und Gesundheitspolitik herzustellen. Zu den wichtigsten Lösungsansätzen zählen:

- Dienstleistungen und Kooperationen der verschiedenen Akteure vor Ort im Bereich der frühen Förderung von Kindern und Jugendlichen aus sozial ausgegrenzten Familien
- Integrierte Dienstleistungsangebote für Familien unter einem Dach
- Stärkere Einbeziehung von Unternehmen: Unternehmen müssen als familienpolitische Akteure stärker in den Fokus gerückt werden, um insbesondere in zeitpolitischer Hinsicht mehr Familienfreundlichkeit zu erreichen. Hierbei gilt es, Kooperationen zwischen Kommunen, Verbänden und Unternehmen zu entwickeln, um die familiären Belange von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärker zu berücksichtigen.

Unternehmensstrategien hin zu mehr Familienfreundlichkeit

Aufgrund der dargestellten Problemlagen stehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei dem Versuch, ihren beruflichen Tagesablauf mit ihrem Familienleben in Einklang zu bringen, vielerorts immer noch vor großen Problemen. Als Ursachen dafür werden oftmals zeitliche Gründe genannt:⁷ Besonders auf Väter wächst im Zuge einer zunehmenden Gleich-

stellung von Männern und Frauen der gesellschaftliche und innerfamiliäre Druck, mehr Sorgearbeiten wahrzunehmen. Gleichzeitig stehen sie, oftmals noch mehr als Frauen, vor der Herausforderung, dies innerhalb ihres Unternehmens zu kommunizieren und die Arbeitszeit so zu gestalten, dass die Wahrnehmung familiärer Verpflichtungen möglich wird.⁸ Auf Unternehmensebene wird in Europa verstärkt darüber nachgedacht, wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihren familiären Verpflichtungen unterstützt werden können. Im Personalmanagement setzt sich in wachsendem Maße die Erkenntnis durch, dass familienfreundliche Maßnahmen nicht automatisch zu einer Kostenzunahme führen, sondern – richtig angewandt – sogar positive betriebswirtschaftliche Auswirkungen haben können.⁹

Familienfreundliche Maßnahmen von Unternehmen können z. B. sein:¹⁰ Flexibilisierung der Arbeitszeit (z. B. Teilzeitarbeit, Gleitzeit, Jahresarbeitszeit), Überprüfung und Anpassung von Arbeitsabläufen, Flexibilisierung des Arbeitsorts (z. B. Telearbeit), flankierender Service für Familien (z. B. Beratung und Vermittlung von Betreuungsangeboten). Innerhalb Europas ist das betriebliche Engagement im Bereich familienfreundlicher Maßnahmen unterschiedlich stark ausgeprägt. Während in den skandinavischen Staaten aufgrund des exzellent ausgebauten Betreuungssystems firmeninterne Lösungen eher seltene zusätzliche Angebote darstellen und zudem oftmals pragmatische, flexible Problemlösungen dominieren,

gibt es beispielsweise in Großbritannien diesbezüglich eine langjährige Tradition. Der britische Ansatz setzt einerseits auf die Aktivierung von Unternehmensengagement im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und betont andererseits die Freiwilligkeit seitens der Unternehmen (Instrumente z. B. Steuererleichterungen für Unternehmen, Unterstützung infrastruktureller oder zeitpolitischer Maßnahmenpakete von Unternehmen). Das Observatorium wird sich im Jahr 2008 – u. a. im Rahmen der „Europäischen Allianz für Familien“ – intensiv mit Unternehmensstrategien für mehr Familienfreundlichkeit in Europa beschäftigen.

Hanna Steidle, DV e.V.

1 Vgl. Steidle, Hanna 2007: Aktuelle familienpolitische Entwicklungen in Europa am Beispiel der familienunterstützenden Dienstleistungen, Berlin (http://www.soziale-dienste-in-europa.de/Anlage/Bericht_Familienpolitik_FuD.pdf).

2 Vgl. European Foundation for the Improvement of the Living and Working Conditions 2007: Work Life Balance – Solving the Dilemma, <http://www.eurofound.europa.eu/publications/htmlfiles/ef0789.htm>; Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.) 2002: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Benchmarking Deutschland aktuell, Gütersloh, http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-EC3C2294/bst/hs.xml/prj_5149_5158.htm.

3 Vgl. Steidle, Hanna 2007: Aktuelle familienpolitische Entwicklungen in Europa am Beispiel der familienunterstützenden Dienstleistungen, Berlin (http://www.soziale-dienste-in-europa.de/Anlage/Bericht_Familienpolitik_FuD.pdf).

4 Vgl. Europäische Kommission 2007: Solidarität zwischen den Generationen fördern, KOM (2007) 244 endgültig.

5 Familie wird dabei in all ihren vielfältigen Formen und Ausprägungen als System fürsorgeorientierter Generationen- und Geschlechterbeziehungen verstanden, sodass beispielsweise auch sogenannte „Double Front Care“-Familienkonstellationen und intergenerative Aspekte von Familienpolitik Berücksichtigung finden. (vgl. Steidle/Possinger 2007: Dokumentation der internationalen Konferenz am 15./16. 11. 07 „Aktuelle Entwicklungen in der europäischen Familienpolitik – Dienstleistungskonzepte und Politikansätze in den neuen und alten Mitgliedsstaaten“, http://www.soziale-dienste-in-europa.de/Anlage/Entwicklungen_europ_Familienpolitik.pdf).

6 Vgl. Steidle/Possinger 2007, s. o.

7 Die Gesamtarbeitszeit pro Woche wird – besonders in den neuen Mitgliedsstaaten – als zu hoch eingeschätzt. Darüber hinaus kann die Arbeitszeit oft nicht ausreichend flexibel gestaltet werden, da z. B. die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen nicht mit den Arbeitszeiten der Eltern vereinbar sind (vgl. European Foundation for the Improvement of the Living and Working Conditions 2007: Work Life Balance – Solving the Dilemma, <http://www.eurofound.europa.eu/publications/htmlfiles/ef0789.htm>).

8 PROGNOS 2005: Väterfreundliche Maßnahmen in Unternehmen. Ansatzpunkte – Erfolgsfaktoren – Praxisbeispiele, Basel, http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/prognos-v_C3_A4terfreundliche-ma_C3_9fnahmen-im-unternehmen.property=pdf,bereich=sprache=de,rwb=true.pdf.

9 Der Trend geht hin zu einem sogenannten „High Commitment Management“, bei dem eine möglichst hohe Bindung an das Unternehmen angestrebt wird. (vgl. John M. Evans 2000: Firms' contribution to the reconciliation between work and family life. Draft paper prepared for the Conference on Families, Labour Markets, and the Well-Being of Children) http://www.oif.ac.at/press/bzw/artikel.asp?Rubrik=3&ID_Art=1&BZWArtikel=524.

10 PROGNOS 2005: Väterfreundliche Maßnahmen in Unternehmen. Ansatzpunkte – Erfolgsfaktoren – Praxisbeispiele, Basel, http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/prognos-v_C3_A4terfreundliche-ma_C3_9fnahmen-im-unternehmen.property=pdf,bereich=sprache=de,rwb=true.pdf, S. 5.

Freiwilliges Engagement auf der EU-Agenda

Eine aktuelle Initiative verschiedener europäischer Dachverbände, die sich dafür einsetzen, 2011 zum Europäischen Jahr der Freiwilligen zu erklären, bringt das Thema Freiwillige und ihren Einsatz in den Fokus der Aufmerksamkeit. Dieses Thema ist auch für soziale Dienste in der EU relevant, da es in der Diskussion um die besonderen Charakteristika von Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse präsent ist und als wichtiges Unterscheidungsmerkmal zu Dienstleistungen anderer Art dienen kann. So machte die Europäische Kommission deutlich: „Eine wichtige Rolle bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen spielen häufig gemeinnützige Einrichtungen und ehrenamtliche Helfer, die damit ihre Fähigkeiten zu aktivem Bürgersinn unter Beweis stellen und zur sozialen Integration und zum sozialen Zusammenhalt innerhalb lokaler Gebietskörperschaften sowie zur Solidarität zwischen den Generationen beitragen“.¹

Hinweise zur Kampagne für das Europäische Jahr der Freiwilligen 2011 können auf der Website des European Volunteer Centre eingesehen werden: <http://www.cev.be>.

Birgit Sittermann, ISS e. V.

¹ Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2007: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Begleitdokument zu der Mitteilung „Ein Binnenmarkt für das Europa des 21. Jahrhunderts“. Dienstleistungen von allgemeinem Interesse unter Einschluss von Sozialdienstleistungen: Europas neues Engagement. KOM(2007)725 endg., S. 9.

Soziale Dienste in Europa

Das slowenische Wohlfahrtssystem

Zinka Kolarič, Professorin für Soziologie an der Universität Ljubljana, beschreibt in ihrem Aufsatz die Veränderungen im slowenischen Wohlfahrtssystem im Zuge der Demokratisierung des Landes. Im früheren Jugoslawien gab es drei unterschiedliche Arten sozialer Dienstleistungen. Erstens gab es öffentliche soziale Dienstleistungen, die durch staatliche Institutionen und durch betriebliche Einrichtungen erbracht wurden. Zweitens wurden Defizite in den Leistungen des öffentlichen Sektors in großem Umfang durch gegenseitige Hilfe in informellen sozialen Netzen von Verwandten, Freunden oder Nachbarn ausgeglichen. Drittens gab es einen Bereich zwischen den öffentlichen und den informellen Sozialdienstleistungen; dieser Zwischenbereich wurde zum Teil durch Beschäftigte staatlicher Institutionen und Organisationen ausgefüllt, die Dienstleistungen gegen Barzahlung illegal erbrachten. Zugleich wurde die Arbeit informeller sozialer Netze ergänzt und unterstützt durch freiwillige Organisationen, die ehrenamtliche und unbezahlte oder teilweise unbezahlte Arbeit leisteten. Zinka Kolarič zufolge war dieses besondere „dreigliedrige System“ Ausgangspunkt für den Umbau des slowenischen Wohlfahrtsstaates.

Im Zuge des Übergangs von einer sozialistischen zu einer postsozialistischen Gesellschaft hat sich das slowenische Wohlfahrtssystem „seiner Besonderheiten entledigt“, und in

der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurde es auch formalrechtlich als duales Modell restrukturiert, in dem sich konservativ-korporative Elemente mit sozialdemokratischen Elementen verbinden. Vor allen Dingen wurden die Sozialpflichtversicherungssysteme, die auf Sozialpartnerschaft gründen und so die konstitutiven Elemente konservativ-korporativer Wohlfahrtssysteme darstellen, völlig transparent und dienen nun als wichtigstes Instrument der sozialen Sicherung für Beschäftigte und ihre Familienangehörigen. Andererseits hat der öffentliche Sektor seine dominante Stellung bei der Erbringung aller der Dienstleistungen beibehalten, auf die alle Bürger gleichberechtigten Anspruch haben. Ferner hat sich hier jedoch auch eine ergänzende Partnerschaft zwischen dem öffentlichen und dem gemeinnützigen ehrenamtlichen Sektor herausgebildet, und die staatliche Unterstützung für den informellen Sektor hat sich verstärkt. Alle diese Aspekte sind wesentliche Elemente eines sozialdemokratischen Wohlfahrtssystems.

Auf Beschluss der politischen Führung Sloweniens wurden in den einzelnen sozialpolitischen Bereichen stufenweise Reformen eingeführt:

- Im Bereich der Gesundheitspolitik, die auf einem gesetzlichen Pflichtversicherungssystem basiert, wurde hinsichtlich der Gesundheitsleistungen ein Privatisierungsprozess initiiert und die Möglichkeit der privaten Zusatzversicherung bei Versicherungsunternehmen geschaffen.
- Im Bereich der Bildungspolitik, die auf dem Universali-

tätsprinzip beruht, wurden Neuordnungen der Lehrpläne umgesetzt, während das System staatlicher Bildungseinrichtungen hinsichtlich aller Bildungsabschlüsse nahezu unverändert geblieben ist. Das bedeutet, dass formale Hürden für die Gründung privater Bildungseinrichtungen durch Private (wie z. B. Einrichtungen der katholischen Kirche) beseitigt wurden. Dennoch können private Bildungsinstitutionen die öffentlichen Einrichtungen nur ergänzen, aber keinesfalls ersetzen.

Das slowenische Wohlfahrtssystem ist demnach durch die folgenden Strukturelemente geprägt:

1. Grundlage des gesamten Systems sind die Sozialpflichtversicherungssysteme, die auf einer Sozialpartnerschaft basieren. Sie stellen insofern das wichtigste Instrument zur Herstellung sozialer Sicherheit für die Arbeitnehmer und ihre Familienmitglieder dar, als sie darauf ausgerichtet sind, deren jeweilige gesellschaftliche Position aufrechtzuerhalten. Für die Arbeitsunfähigkeitsrentenversicherung und die Arbeitslosenversicherung gilt das Gleichheitsprinzip, im System der Gesundheitsversicherung gilt dagegen das Solidaritätsprinzip (Universalität und Gleichheit). Ergänzend tritt das Instrument der Sozialhilfe für diejenigen hinzu, die nicht am Arbeitsmarkt partizipieren können oder für einen längeren Zeitraum vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Die Sozialhilfe ist dabei immer bedarfsabhängig und wird immer mehr



Bleder See in Slowenien

an das Prinzip der Aktivierung geknüpft.

2. Ein Netz staatlicher Institutionen spielt noch immer die zentrale Rolle bei der Leistungsbeibringung der verschiedenen Dienste, die allen Bürgern zu gleichen Konditionen zugänglich sind. In ergänzender Funktion zum öffentlichen Sektor wächst jedoch die Bedeutung privater gemeinnütziger Organisationen. Diese bilden sich nicht nur in der formalrechtlichen Form von Verbänden heraus, sondern auch in Form von privaten Einrichtungen, Kooperativen, sozialen Unternehmen und Stiftungen. Gründer sind hier private natürliche und juristische Personen, unter denen insbesondere die katholische Kirche hervorgehoben werden muss. Sie gründete weiterführende Schulen, Hochschulen, Vorschuleinrichtungen, Altenpflegeheime, Mutterschaftshäuser, Hilfseinrichtungen für Drogen- und Alkoholabhängige etc. Auf diesem Wege entwickelt und verstärkt sich die Rolle des gemeinnützigen Privatsektors, der in der Regel auf der Grundlage von Lizenzverträgen den öffentlichen Sektor überall dort ergänzt, wo die Leistungen nicht in ausreichendem Maße oder nicht in angemessener Qualität zur Verfügung stehen.

3. Durch den in einigen Bereichen und insbesondere im Gesundheitsbereich ablaufenden Privatisierungsprozess bildet sich auch ein gewinnorientierter Privatsektor heraus. In Verbindung mit den zuvor erwähnten Privatversicherungen ist dies der Beginn eines Marktsektors, der ausreichend liquiden Bürgern die Möglichkeit zur freien Dienstleistungswahl eröffnet.

4. Noch immer trägt die Familie als wichtigste Einheit des informellen Sektors den größten Teil der Lasten bei der Bereitstellung von sozialer Sicherheit und Wohlfahrt. Ihre Rolle wird durch familienpolitische Maßnahmen gestärkt.

Die wohlfahrtsstaatliche Struktur Sloweniens birgt insofern das Prinzip sozialer Gerechtigkeit, als gleiche Chancen zur Erlangung eines bestimmten Niveaus sozialer Sicherheit sowie gleicher Leistungsniveaus und Leistungstypen bestehen, was noch durch leistungsorientierte Prinzipien sowie Solidaritäts- und Gleichheitsprinzipien verstärkt wird. Diese Prinzipien werden von der Mehrheit der Bürger akzeptiert



Prätorenpalast in Koper

und stimmen mit ihren Wertvorstellungen überein.

Zentrale Frage für die zukünftige Entwicklung des slowenischen Wohlfahrtsystems darf daher nicht sein, wie verschiedene Instrumente, Sektoren oder Gerechtigkeitsprinzipien der sozialen Sicherheit gegen andere ausgetauscht werden könnten, sondern vielmehr, wie diese miteinander zu verbinden sind. Nur dadurch können wir verhindern, dass Freiheit zu Wahlfreiheit (zwischen miteinander konkurrierenden Dienstleistungs- und Versicherungssystemen) reduziert wird und Solidarität zu Mildtätigkeit (Einzelner und kirchlicher Organisationen).

Zinka Kolarič

Professorin für Soziologie an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Ljubljana

Eine ausführliche deutsche Fassung dieses Aufsatzes (Übersetzerin: Sonja Blum) findet sich in: Schubert, K.; Hegelich, S. und Bazant, U. (Hrsg.) (2008): *Europäische Wohlfahrtsysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

LITERATUR

Ferge, Z. (2001): *Welfare and 'Ill-Fare' Systems in Central-Eastern Europe*. In: Sykes, R., Paller, B., Prior, P. M. (eds.): *Globalization and European Welfare States. Challenges and Change*. Hampshire in New York: Palgrave.

Kolarič, Zinka (1992): *From Socialist to Post-socialist Social Policy*. In: Svetlik, Ivan (ed.): *Social Policy in Slovenia – Between Tradition and Innovation*, Avebury.

Kolarič, Zinka, Črnak-Meglič, Andreja, Vojnovič, Maja (2002): *Zasebne neprofitno-volonterske organizacije v mednarodni perspektivi (Private Non-profit Voluntary*

Organisations in International Perspective). Ljubljana: FDV.

Ministrstvo za finance (2002): *Bilten javnih finance. Konsolidirana bilanca javnega financiranja*. Siehe: <http://www.sigov.si/mf/slov/tekzib/bilten/bilten.htm>.

Rus, Veljko, Toš, Niko (2005): *Vrednote Slovencev in Evropejcev (Values of Slovenes and Europeans)*. Ljubljana: Dokumenti SJM, FDV.

Statistical Office of the Republic of Slovenia. Siehe: <http://www.stat.si>; European Commission, 2001.

Neues aus dem Observatorium

Die inhaltlichen Schwerpunkte des Observatoriums in der neuen Förderperiode seit dem 01. 01. 2008

Vor nunmehr acht Jahren hat das Observatorium – wesentlich unterstützt durch eine Projektsteuerungsgruppe („Koordinierungsgruppe“), bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von frei-gemeinnützigen und öffentlichen Trägern sozialer Dienste sowie Bund und Ländern – seine Arbeit aufgenommen. Im Laufe der Jahre wurden die inhaltlichen Schwerpunkte und Aufgabfelder schrittweise weiterentwickelt.

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Observatoriums liegt in der Beobachtung und Analyse von Politikprozessen auf EU-Ebene, die das deutsche System sozialer Dienste – direkt oder indirekt – beeinflussen. In den letzten Jahren hat das Observatorium beispielsweise den Politik-

prozess um die Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen oder die Dienstleistungsrichtlinie, aber auch grundsätzliche Debatten um ein soziales Europa u. a. zu sozialen Grundrechten, zur Modernisierung des Sozialschutzes oder zu einem Europäischen Sozialmodell, intensiv begleitet. Darüber hinaus führt das Observatorium in zunehmendem Maße Ländervergleiche zu aktuellen Fragestellungen durch, um erfolgreiche Dienstleistungskonzepte und Handlungsansätze zu identifizieren, die auch für Deutschland gewinnbringend sein können. Hervorzuheben sind hier u. a. die Bereiche Familienpolitik und familienunterstützende Dienstleistungen, Gemeinnützigkeit oder Öffentlich-Private-Partnerschaft. Ergebnis der Einzelprojekte ist eine Vielzahl an Expertisen, Arbeitspapieren und Veranstaltungsdokumentationen, die über die Homepage des Observatoriums abrufbar sind. Schließlich hat das Observatorium auch Daueraufgaben, wie z. B. eine europaweite Vernetzung mit europäischen Partnern oder die Erstellung des halbjährlich erscheinenden Newsletters, inne.

Am 01.01.2008 hat die neue, zweijährige Förderperiode des Observatoriums mit einigen strukturellen und inhaltlichen Anpassungen begonnen. Danach obliegt die inhaltliche Projektsteuerung nun nicht mehr der Koordinierungsgruppe, sondern allein dem BMFSFJ. Die Arbeit des Observatoriums findet nach wie vor in fachlicher Anbindung an die Europa- und Gremienarbeit des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge statt. Der Fachausschuss „Internationale Zusammenarbeit und europäische Integration“ hat nun gegenüber

dem Observatorium eine beratende Funktion. In den Sitzungen finden in regelmäßigen Abständen die Präsentation der Arbeitsergebnisse der Einzelprojekte sowie ein kontinuierlicher fachlicher Austausch statt. Die Standorte des Observatoriums (bisher: „Beobachtungsstelle“ und „Geschäftsstelle der Koordinierungsgruppe“) wurden umbenannt in „Projektteam Frankfurt“ und „Projektteam Berlin“.

Auch in seiner neuen Förderperiode hat sich das Observatorium zum Ziel gesetzt, den fachlichen Austausch in aktuellen Themenfeldern weiter zu fördern.

Darüber hinaus wurden in Absprache mit dem BMFSFJ vier Arbeitsschwerpunkte festgelegt. So wird das Thema bürgerschaftliches Engagement und soziale Dienste behandelt werden. Hier stehen Fragen nach der Engagementförderung im Vordergrund: Welche staatlichen Konzepte gibt es zur Engagementförderung in den EU-Mitgliedsländern? Gleichzeitig werden die Konzepte der Engagementförderung in Sozialen Diensten, die mit Freiwilligen arbeiten, beleuchtet. Ein weiteres Augenmerk richtet sich auf die Gewinnung von Senioren für bürgerschaftliches Engagement.

Diese Fragestellung bildet gleichzeitig die Schnittstelle zum zweiten Thema auf der Tagesordnung des Observatoriums, das sich mit der Reaktion von sozialen Diensten auf den demografischen Wandel auseinandersetzt. Hier wird der Frage nachgegangen, mit welchen Konzepten die sozialen Dienste den Herausforderungen des demografischen Wandels entgegenzutreten, wie zum Beispiel der erwarteten wachsenden Anzahl der Demenzzkranken.

Drittens bearbeitet das Observatorium das Thema Familienpolitik, das mit der „Europäischen Allianz für Familien“ im Jahr 2007 unter der deutschen Ratspräsidentschaft eine EU-Dimension bekommen hat. Zu diesem Thema richtete das Observatorium bereits 2007 in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verein für private und öffentliche Fürsorge eine internationale Konferenz mit dem Titel „Aktuelle Entwicklungen in der europäischen Familienpolitik“ aus.¹ Anknüpfend daran steht nun vor allem die Frage im Vordergrund, welche Konzepte zur Kinderbetreuung in anderen EU-Mitgliedsländern vorherrschen und welche Rolle die einzelnen relevanten Akteure neben der Familie – also Unternehmen, Staat und soziale Dienste – in der Sicherung der Kinderbetreuung spielen.

Bei diesem Thema wird wie bei allen anderen im Observatorium bearbeiteten Fragestellungen eine vergleichende Perspektive angenommen und die Situation in anderen EU-Mitgliedsländern betrachtet.

Viertens wird das Thema um soziale Dienste und EU-Binnenmarkt weiterhin im Fokus der Arbeit des Observatoriums stehen. Sowohl die Diskussionen um Gesundheits- als auch um Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse werden weiter verfolgt. In ihrer Mitteilung „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse unter Einschluss von Sozialdienstleistungen: Europas neues Engagement“ vom November 2007 machte die EU-Kommission noch mal deutlich, dass eine Vielzahl der von sozialen Einrichtungen erbrachten Leistungen unter das Gemeinschaftsrecht der EU fallen,² auch wenn der besondere Charakter sozialer Dienstleistungen letztlich anerkannt ist. Um den Unsicherheiten, die für soziale Dienste rund um das Thema staatliche Beihilfen und Vergaberechte herrschen, zu begegnen, richtete die Europäische Kommission Anfang 2008 ein Internetportal ein, das offene Fragen beantworten will.³

Neben diesen grundlegenden Themen werden aktuelle Politikentwicklungen nicht vergessen. So wird das Observatorium aufmerksam die Veröffentlichung der neuen sozialen Agenda der EU, die für den nächsten Zyklus der Lissabonstrategie gelten soll, verfolgen. Und das Jahr 2009 bringt einige Veränderungen für die EU mit sich: Sollte der Lissabon-Vertrag wie geplant in Kraft treten, so wird die Position des EU-Präsidenten eingerichtet werden. Außerdem finden Wahlen zum Europäischen Parlament statt und eine neue EU-Kommission wird ihre Arbeit beginnen. Das Observatorium wird weiterhin im Blick behalten, wie sich unter diesen Rahmenbedingungen die für soziale Dienste relevanten Politikfelder auf EU-Ebene entwickeln.

Hanna Steidle, DV e.V. ■■■
Birgit Sittermann, ISS e.V. ■■■

¹ Siehe ausführlicher Bericht von Hanna Steidle in dieser Newsletterausgabe.

² Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2007: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Begleitdokument zu der Mitteilung „Ein Binnenmarkt für das Europa des 21. Jahrhunderts“. Dienstleistungen von allgemeinem Interesse unter Einschluss von Sozialdienstleistungen: Europas neues Engagement. KOM(2007)725 endg., S. 9.

³ Siehe http://ec.europa.eu/services_general_interest/index_de.htm.

Personalia

Mit der neuen Förderperiode des Observatoriums haben sich auch personelle Wechsel ergeben. Anna Englaender hat das Observatorium verlassen, Cornelia Markowski hat am 16.06.2008 die Leitung der Stabsstelle Internationales des Deutschen Vereins übernommen.

Annette Angermann ist seit dem 01.05.2008 als wissenschaftliche Referentin im Projektteam Berlin des Observatoriums tätig. Sie hat Soziologie und Politikwissenschaft sowohl an der Freien Universität als auch an der Humboldt-Universität in Berlin studiert. Ihre politikwissenschaftlichen Schwerpunkte liegen im Bereich des EU-Gemeinschaftsrechts, der Europäischen Integration sowie der Sozialpolitik. Der soziologische Schwerpunkt erstreckt sich vor allem über den mikrosoziologischen Bereich, wie beispielsweise Familiensoziologie, Soziales Engagement und Netzwerkforschung.



Christine Storck-Ratnam unterstützt das Observatorium am Standort Frankfurt seit dem 01.04.2008 als Teamassistentin in allen organisatorischen Fragen und insbesondere bei der Erstellung des Newsletters. Sie hat zuvor als Kommunikationsreferentin bei einem französischen Dienstleistungskonzern gearbeitet. Ihren Studiengang Dipl.-Übersetzen Französisch und Spanisch hat sie an der Universität Saarbrücken absolviert.



Ebenfalls seit dem 01.04.2008 gehört **Veronika Pfeifer** als wissenschaftliche Hilfskraft zum Projektteam Frankfurt. Sie studiert an der Universität Gießen im Masterstudiengang Haushalts- und Dienstleistungswissenschaften. Zuvor absolvierte sie ein Ökotropologie-Studium, das sie 2006 als Bachelor of Science abschloss.



Termine

2008

28.–30.08./St. Gallen, Schweiz
4. World Ageing & Generations Congress
Information:
http://www.wdassociation.org/dc/Page.aspx?pageid=cms_frontend_default_d&pagetype=file&toolbar=1

05.–08.09./Barcelona, Spanien
Diversities of Ageing: Discourses and Debates and Sociological Research and Public Debate
http://www.age-platform.org/EN/IMG/pdf_Conferences_2008-3.pdf

19.–28.09./bundesweit, Deutschland
Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2008
Veranstalter: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Information: <http://www.engagement-macht-stark.de/>
E-Mail: aktionswoche@b-b-e.de

22.–24.09./Berlin, Deutschland
Ifdm 2008, 4. Internationales Forum zum Disability Management
Veranstalter: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV)
Information: <http://www.disability-manager.de/d/ifdm2008/index.html>

29.09.–01.10./Cardiff, Wales/Großbritannien
International Forum for Child Welfare (IFCW) World Forum 2008 – Early Intervention and Prevention
Information:
<http://www.childreninwales.org.uk/areasofwork/worldforum2008/index.html>
E-Mail: worldforum2008@childreninwales.org.uk

29.–30.09./Berlin, Deutschland
Kinderschutz in Deutschland und Europa – praktische Konzepte und Strategien
Veranstalter: Deutscher Verein, Berlin
Information:
<http://www.deutscher-verein.de/03-events/2008/gruppe2/f-231-08/>
Kontakt: Dr. Rolf Faltermeier,
E-Mail: info@deutscher-verein.de

15.10./Brüssel, Belgien
Verleihung des SOLIDAR Silver Rose Awards durch Harlem Desir, MEP im Europäischen Parlament
http://www.solidar.org/Page_Generale.asp?DocID=13958&theblob=17439

05.–06.11./Nürnberg, Deutschland
ConSozial 2008, Messe und Kongress für den Sozialmarkt in Deutschland
Information:
<http://www.consozial.de>

Kathrin Linz ist seit dem 01.05.2008 im Projektteam Frankfurt des Observatoriums als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Sie hat an der Universität Bamberg Diplom-Soziologie und Diplom-Sozialpädagogik studiert. Ihre wissenschaftlichen Schwerpunkte sind soziales Management, Familienpolitik und die sozialpolitischen Entwicklungen zum Thema „Work-Life-Balance“ in Europa. Sie war als wissenschaftliche Hilfskraft am bayerischen Staatsinstitut für Familienforschung (ifb) tätig. Im Rahmen eines Studienprojekts wirkte sie mit an einer Veröffentlichung über die Situation von Akademikerinnen in ausgewählten Ländern Europas im Hinblick auf die Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinen.



http://www.eesc.europa.eu/groups/3/index_en.asp?id=1405GR03EN
http://www2.ulg.ac.be/ciriec/en/pages/6_1ouvrages_rapports.htm

Birgit Sittermann, ISS e.V.

Neue Veranstaltungsdokumentationen erschienen

Die Dokumentationen der folgenden Veranstaltungen des Observatoriums sind neu erschienen:

- Dokumentation der internationalen Konferenz „Aktuelle Entwicklungen in der europäischen Familienpolitik – Dienstleistungskonzepte und Politikansätze in den neuen und alten Mitgliedstaaten“ 15./16.11.2007
- Dokumentation der Fachtagung „Öffentlich-private Partnerschaften in Europa“ am 21.09.2007

Beide Veranstaltungen wurden in Kooperation zwischen dem Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa und dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. durchgeführt.

Die elektronischen Dokumentationen der beiden Veranstaltungen sind nun auf der Homepage des Observatoriums (<http://www.soziale-dienste-in-europa.de>, Rubrik „Aktuelles“) erhältlich. Kontakt: h.steidle@deutscher-verein.de

Hanna Steidle, DV e.V.

Aktuelles

Aktuelle Studie zur Situation der Sozialwirtschaft in der Europäischen Union

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und das Internationale Forschungs- und Informationszentrum für öffentliche Wirtschaft, Sozialwirtschaft und Gewerkschaftswesen (CIRIEC) veröffentlichten Ende 2007 eine vergleichende Untersuchung zur Situation der Sozialwirtschaft in der Europäischen Union. Die Studie setzt sich ausführlich mit dem Konzept der Sozialwirtschaft auseinander und grenzt es zu anderen Begriffen wie zum Beispiel „Dritter Sektor“ ab.

Dabei wird auch deutlich, dass in den einzelnen Mitgliedsländern unterschiedliche Vorstellungen mit dem Konzept Sozialwirtschaft verbunden werden. Zahlen und Informationen zu den rechtlichen Grundlagen sowie praktische Organisationsbeispiele verdeutlichen die Situation der Sozialwirtschaft in den einzelnen Mitgliedsländern. Abschließend folgern die Autoren der Studie, dass die Sozialwirtschaft in Europa „sichtbarer“ sein sollte und z. B. in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen explizit ausgewiesen sein sollte, damit die Wirtschaftskraft des Sektors besser nachvollziehbar sei. Die Studie steht auf den Internetseiten von CIRIEC und EWSA zum Herunterladen zur Verfügung:

Besuch einer finnischen Delegation am 24.04.2008 im Hause des Deutschen Vereins

Am 24.04.2008 fand im Hause des Deutschen Vereins eine Sitzung mit 35 Vertreterinnen und Vertretern aus finnischen Nichtregierungsorganisationen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Observatoriums und des Deutschen Vereins statt. Themenschwerpunkte waren neben der Spezifika des deutschen Sozialstaats und der Arbeit des Deutschen Vereins im Allgemeinen besonders Politikansätze und Handlungsschwerpunkte in der Seniorenpolitik sowie in der Politik für Menschen mit Behinderungen.

Teil der Delegation war u.a. die Geschäftsführerin Riitta Särkelä der „Finnish Federation for Social Welfare and Health“, einer dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge ähnlichen finnischen Nichtregierungsorganisation, die auch Mitglied im „Network on European Policy and Funding“ des Observatoriums ist. Es wurde vereinbart, bei einer nächsten Gelegenheit schwerpunktmäßig aktuelle sozialpolitische Problemlagen in Finnland zu erörtern und – nicht zuletzt im Rahmen der Diskussionen um die neue sozialpolitische Agenda der EU – weiterhin den sozialpolitischen Fachaus-tausch gemeinsam voranzutreiben.

Hanna Steidle, DV e.V.



Besuch finnische Delegation, v. l. n. r.: Antje Welke, Leiterin des Arbeitsfeldes IV des Deutschen Vereins, Bärbel Habermann, stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Vereins, Hanna Steidle, Referentin im Observatorium, Barbara Kahler, Referentin im AF IV des Deutschen Vereins, Riitta Särkelä, Geschäftsführerin der Finnish Federation for Social Welfare and Health



Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa

Impressum

Herausgeber und Redaktion:
 Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.
 Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa
 Hans-Georg Weigel (Direktor)
 Zeilweg 42
 D-60439 Frankfurt a.M.

V. i. S. d. P.: Hans-Georg Weigel
 E-Mail: christine.storck-ratnam@iss-ffm.de

Diese Publikation ist eine Veröffentlichung des „Observatoriums für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa“.
 Internet:
www.soziale-dienste-in-europa.de

Träger des Observatoriums:
 Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa
 Projektteam Frankfurt
 Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.
 Zeilweg 42
 D-60439 Frankfurt a.M.
 Tel.: 069/95789-0
 Fax: 069/95789-190
 E-Mail: info@iss-ffm.de
 Internet: www.iss-ffm.de

Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa
 Projektteam Berlin
 Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
 Michaelkirchstr. 17/18
 D-10179 Berlin
 Tel.: 030/62980-0
 Fax: 030/62980-140
 E-Mail: kontakt@deutscher-verein.de
 Internet: www.deutscher-verein.de

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 11018 Berlin, fördert das Observatorium als Projekt.

Übersetzung: Peter Kleinhempel, Berlin

Gestaltung: www.avitamin.de

Druck: DruckVogt GmbH, Berlin

Auflage:
 Deutsch: 1.400
 Englisch: 600

ISSN 1616-7589

Erscheinungsdatum: Juli 2008

Der Newsletter des Observatoriums erscheint zweimal pro Jahr.

Diese Publikation kann bezogen werden bei: siehe Herausgeber und Redaktion.

Diese Veröffentlichung wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung verwendet. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt. Die Publikation gibt nicht ohne Weiteres die Auffassung der Bundesregierung wieder. Die Verantwortung für den Inhalt obliegt dem Herausgeber bzw. dem/der jeweiligen Autor/-in.

Der Inhalt und die Gestaltung des Newsletters des Observatoriums sind urheberrechtlich geschützt. Die Verwendung von Artikeln ist erwünscht, allerdings bitten wir Sie, uns vorab kurz formlos darüber zu informieren und die Autoren und das Observatorium als Quelle zu nennen.